

EU-BEITRITT

# Keine Angst vor Ankara

**Die Mehrheit der luxemburgischen Parteien sind für die Aufnahme von EU-Verhandlungen mit der Türkei. Einen Automatismus, der zu einem Beitritt führt, sehen sie darin allerdings nicht.**

Die Türkei hat "ein neues Gesicht" bekommen. So sagte diese Woche der türkische Außenminister Abdullah Gül. Eine stabilere Wirtschaft, keine systematische Folter mehr und mehr Rechte für die Kurden - mit diesen Fortschritten im Gepäck hat die türkische Regierung eine "Charme-Offensive" begonnen, mit der sie um die Aufnahme von Verhandlungen um den EU-Beitritt wirbt. Die EU-Staaten bilden sich ihr Urteil zur Türkei indes lieber selbst. Am 17. Dezember werden ihre Staats- und Regierungschefs über einen Verhandlungsbeginn entscheiden.

"Luxemburg will in der Türkei-Frage nicht bremsen. Wir werden unsere Linie beibehalten." Mit diesen Worten hat Außenminister Jean Asselborn am 11. Oktober die luxemburgische Position in der Frage um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei erläutert. Die EU-Kommission habe einen positiven Bericht vorgelegt, so dass das Großherzogtum bereit sei, dem Beginn der Verhandlungen zuzustimmen.

Der für die EU-Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen erklärte am selben Tag, er gehe von einer Zeitspanne der Verhandlungen zwischen 12 und 15 Jahren aus. Er verteidigte dabei die Empfehlung der Kommission, fügte jedoch einschränkend hinzu: Eine Garantie für den Erfolg der Verhandlungen gebe es nicht. Ziel sei es, "eine stabile und rechtsstaatliche Türkei dauerhaft in den Strukturen des Westens zu verankern". Andernfalls besteht nach den Worten Verheugens "die Gefahr eines Abdriftens ins fundamentalistische Lager".

An der Türkei scheiden sich derzeit die Geister in den EU-Mitgliedsstaaten: Während die deutsche Regierung die Beitrittsverhandlungen befürwortet, werben die deutschen Christdemokraten für eine so genannte privilegierte Partnerschaft, also ein enges Verhältnis der Türkei zur EU, aber keine vollen Rechte. In Frankreich unterstützt derzeit Präsident Jacques Chirac einen Beitritt und verspricht dazu ein Referendum, aber seine Partei UMP ist dagegen. In Groß-

britannien sind sowohl Regierung als auch Opposition dafür.

In Luxemburg herrscht dagegen unter den politischen Parteien einvernehmliche Zustimmung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei - bis auf die strikte Ablehnung von Seiten des ADR, das für kommende Woche eine Aktualitätsstunde in der Chamber beantragte. Bis zur Parlamentsdebatte sollen die einzelnen Fraktionen noch jeweils auf eine einheitliche Linie eingeschworen werden.

Noch nicht abschließend geklärt sei die Position seiner Fraktion, meint Frank Engel von der CSV. "Bei diesem sensiblen Thema müssen wir Ausrutscher vermeiden." Der Fraktionssekretär weist darauf hin, dass die CSV Beitrittsverhandlungen grundsätzlich befürwortet: "Die Türkei kann eine positive Rolle in der EU spielen. Deshalb müssen wir ihr eine ehrliche und anständige Perspektive bieten."

Der Brief Angela Merkels an führende europäische Politiker der bürgerlich-konservativen Parteien, in der die CDU-Chefin gegen eine Aufnahme der Türkei Front macht, scheint bei der CSV keinen Anklang gefunden zu haben. Premierminister Jean-Claude Juncker distanzierte sich von Merkels Vorstellungen einer privilegierten Partnerschaft. Da das Land schon seit fünf Jahren Kandidatenstatus habe, sei es zu spät dafür. Ein Argument, das viele BefürworterInnen von Verhandlungen ins Feld bringen. Schließlich besteht seit 1963 ein Assoziierungsabkommen mit der Türkei. Juncker sagte allerdings auch, die EU werde sich alle Optionen offen halten. Sollten Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, könnten sie jederzeit auch wieder unterbrochen werden.

## Dauerversorgungsfall

Die luxemburgischen Christdemokraten scheinen dabei weniger auf ein Europa als Erbe des christlichen Abendlandes zu pochen. Dies bringen Konservative in den Nachbarländern oft als Argument gegen die Türkei ins Spiel. Mit einer Aufnahme der Türkei stelle sich die Frage einer europäischen Identität und der Grenzen der EU, sagt derweil Ben Fayot und betont den Prozesscharakter der Europäischen Union. Der LSAP-Abgeordnete meint: "Wenn sich aber der Islam in der Türkei radikalisiert, wird es schwer, die Menschen in Europa für einen Beitritt zu gewinnen." Auch müsse am Bosphorus noch viel in wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Hinsicht geschehen, so Fayot. "Die Türkei ist

noch nicht reif", sagt der LSAP-Politiker.

In der Tat ist die Türkei wirtschaftlich immer noch rückständig. So beträgt das Bruttosozialprodukt nur etwa ein Fünftel des EU-Durchschnitts. Etwa 17 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze und müssen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Nach wie vor ist mehr als ein Drittel der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Ein "überdimensionierter Dauerversorgungsfall", nennt der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler die Türkei. Das ökonomische Gefälle innerhalb der EU würde mit dem Land dramatisch zunehmen. Entsprechend herrscht auch bei BeitrittsbefürworterInnen Einmütigkeit darüber, dass eine Aufnahme der Türkei erst nach einer Reform der EU-Förderstrukturen möglich ist.

Auf die regionale Ungleichheit innerhalb der Türkei weist der grüne Europa-Abgeordnete Claude Turmes hin, der diese Woche mit der Fraktion der Grünen an einer Tagung in Istanbul teilnahm und sich dort mit VertreterInnen der türkischen Zivilgesellschaft traf: "Das Problem ist nicht, Istanbul aufzunehmen, sondern Anatolien. Diese enorme Disparität gilt es aufzuarbeiten." In der Tat lebt die Mehrheit der türkischen Provinzen von den Subventionen, die in den Ballungszentren Ankara, Istanbul und Izmir erwirtschaftet werden.

Die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei sei von entscheidender Bedeutung, heißt es einmütig bei sämtlichen luxemburgischen Parlamentsfraktionen. "Es wurden enorme Fortschritte erzielt", meint der DP-Abgeordnete Charles Goerens und verweist auf die "Kopenhagener Kriterien", die der Europäische Rat 1993 festgelegt hat: die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten. Auch Amnesty International registriert Verbesserungen. So wird nicht mehr systematisch gefoltert, das Folterverbot wird jedoch nur ungenügend umgesetzt. Zwar wurden Verfahren gegen Folterer erleichtert, die Rechte von Festgenommenen in Polizeihaft verbessert, die Todesstrafe abgeschafft, die Meinungsfreiheit erweitert und den Kurden Rechte zugesichert. Allerdings zeigen jüngste ZDF-Recherchen, dass die Repressionen gegen Kurden wieder zugenommen haben. Bürgerrechtler berichten von Folterungen.

"Noch ist nicht alles perfekt", konstatiert Goerens. Von einem "Automatismus, der zum Beitritt führt", kann also laut EU-Kommissar Verheugen nicht gesprochen werden.

**Stefan Kunzmann**

## Aufrüstung draußen wie drinnen

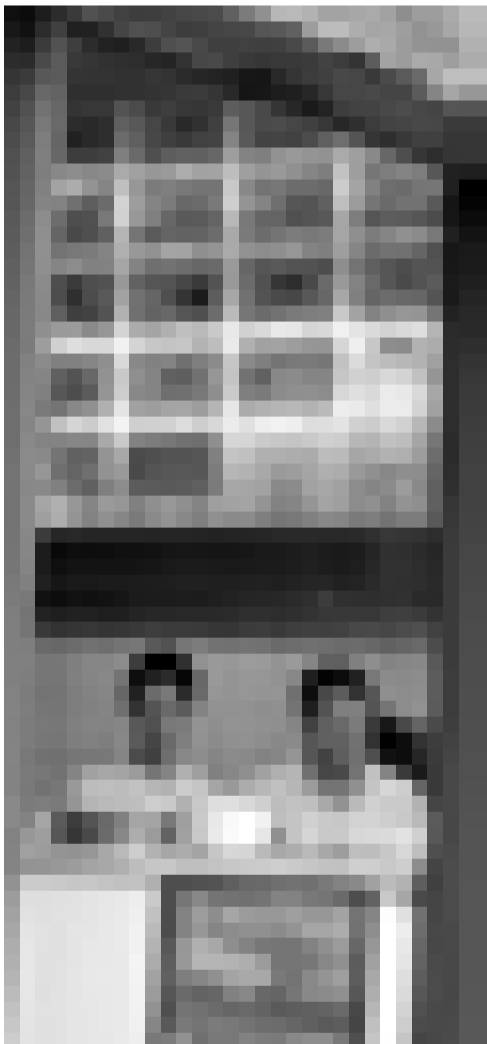
Stabilität draußen ist die Bedingung, um daheim Sicherheit zu schaffen." Dies sagte Justiz- und Verteidigungsminister Luc Frieden kürzlich in einem Interview. Gemeint hatte er damit das Engagement der luxemburgischen Armee. Zurzeit sind nach Zahlen der Armee, die der woxx vorliegen, 23 Luxemburger Soldaten bei der KFOR-Mission der Nato im Kosovo sowie ein Unteroffizier bei der SFOR-Mission der Nato in Bosnien-Herzegowina beteiligt. Die Soldaten sind hauptsächlich mit Patrouillen, Hausdurchsuchungen und Fahrzeugkontrollen beschäftigt. Bei den Unruhen im März evakuierten sie etwa 180 SerbInnen aus ihren Dörfern. Außerdem sind elf Soldaten bei der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligt, um die Sicherheit des Kabuler Flughafens zu gewährleisten. Nun sollen per großherzoglichem Reglement die Einsätze der Luxemburger verlängert werden. Frieden macht derweil der im internationalen Vergleich mickrige Etat seines Ministeriums zu schaffen. Deshalb will er das Verteidigungsbudget mittelfristig auf 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben, meinte Frieden Ende September bei seinem Antrittsbesuch bei der Armee: "Wir können nicht von der Stabilität in der Welt profitieren, ohne unseren Beitrag zu leisten."

## Big Five für biometrischen Pass

Spätestens bis Oktober 2005 sollen digitale Scans von Gesichtsmarkmalen und Fingerabdrücken in jeden EU-Pass aufgenommen werden. Darauf einigten sich am Montag die Innenminister der fünf größten EU-Staaten. In kleineren Ländern soll der biometrische Pass bereits etwas früher im Laufe des Jahres 2005 eingeführt werden, so die Minister. Ihr Luxemburger Kollege Luc Frieden steht dem Projekt offen gegenüber. Ebenfalls am Montag sagte Frieden in seiner Rede auf dem Polizeifest zum St. Michels-Tag, Biometrie sei kein "Gespenst, sondern die moderne Antwort auf Dokumente, die vor 100 Jahren entstanden sind" - gemeint sind damit die Reisepässe. Man müsse sich die Mittel geben "fälschungssichere Dokumente" herzustellen, so Frieden. Menschenrechtsorganisationen sehen den Pass-Innovationen etwas kritischer entgegen. Diese Vorhaben seien, so Tony Bunyan von Statewatch, ein weiteres Resultat des "Kriegs gegen Terrorismus". Das zeige, dass die EU ebenso scharf darauf sei, Systeme für Massenüberwachung einzuführen wie die USA. Und diese Systeme hätten weitaus mehr mit politischer und sozialer Kontrolle als mit Terrorismusbekämpfung zu tun.

## Falsch verbunden

"Hallo, bei meiner Telefonabrechnung stimmt etwas nicht!". Eine freundliche aber bestimmte, weibliche Stimme lässt den ahnungslosen Redakteur auf einen Scoop hoffen. Vielleicht hat die Post landesweit falsche Rechnungen verschickt, in dem das Komma um eine Stelle nach rechts verrückt wurde. Oder sind wieder massenweise so genannte "Dialer" per Internet verbreitet worden, die bei uninformatierten UserInnen Millionen an ungewollten Verbindungskosten haben entstehen lassen. Aber schon nach den ersten Rückfragen wird deutlich: Da will niemand etwas Aufregendes verraten, sondern sich schlicht und einfach beschweren. Und langsam dämmert's: Die Frau ist gar nicht an einer publizistischen Ausschlichtung ihrer Probleme mit ihrem Provider interessiert, sondern will nur ganz einfach ihr Geld zurück. "Da sind Sie leider falsch verbunden", denn die woxx hat nicht nur kein Geld zum zurückerstatten, die woxx ist eben auch nicht Vox und hat mit Telefonen nichts am Hut.



Schon längst da: Türkischer Imbiss in Luxemburg. (Foto: woxx)



**woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire**, früher: **Gréngespaun** - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Claudine Muno (claudine.muno@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Corinne Saghuber (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 8.30 - 12.00 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxemburg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 65 € (Ausland zzgl. 26 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 25 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel. 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam Gréngespaun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79